

Ökologie & EUROPA

2. HJ.
2025

ödp



Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei



L.A. – Künstliche Intelligenz in der Filmbranche Seite 4

**Handys raus aus den Schulen –
Aufmerksamkeit statt Dauerberieselung** Seite 8

Schöne neue KI-Welt? – Ja und Nein Seite 11

Europäische Jugendhauptstadt Seite 13

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

in dieser Ausgabe der „Ökologie&Europa“ dreht sich alles um die Themen Jugend, Bildung, Digitales und Künstliche Intelligenz. Als Mitglied des Kulturausschusses im Europaparlament sind mir diese Bereiche besonders wichtig. Ich freue mich, Euch in diesem Heft meine Positionen und Details zu meiner Arbeit vorzustellen! Ein Thema, das mir besonders unter den Nägeln brennt, ist die Handynutzung an Schulen. Vielerorts ist es leider Realität: Die Pausenglocke schrillt, die Kinder könnten nach draußen, doch der Pausenhof bleibt halb leer.

Stattdessen: Schüler beugen sich still über ihre Handys, scrollen umher, beantworten Nachrichten in den Sozialen Medien. Manche erledigen die letzten Hausaufgaben per ChatGPT. Schulen brauchen dringend starke Regeln für die Nutzung von Handys und anderen digitalen Geräten! Stichwort ChatGPT: Nicht nur die immer neuen Handy- und Laptopmodelle auf dem Markt, sondern vor allem die bahnbrechenden Entwicklungen in der Informatik sorgen für Umwälzungen. Die Künstliche Intelligenz durchdringt inzwischen fast alle Bereiche unseres Privat- und Arbeitslebens. Sie eröffnet Chancen, etwa in der Medizin, birgt aber auch erhebliche Risiken – gerade, aber nicht nur, für junge Menschen. Wie gehen wir damit um? Auch das müssen wir dringend diskutieren. Ein weiterer Artikel zum Megathema Künstliche Intelligenz schaut gezielt auf die Kreativbranche und die Medien. Künstliche Intelligenz verändert die Art, wie Musik produziert wird, wie in Film und Fernsehen Geschichten

erzählt, Informationen aufbereitet und konsumiert werden. Wie kann ein fairer, menschenzentrierter Umgang mit dieser Technologie aussehen, der auch die Rechte von Künstlern schützt? Mit dieser und anderen Fragen im Gepäck bin ich gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Kulturausschusses des Europaparlaments im Mai nach Los Angeles gereist. Außerdem wird gesucht: eine europäische Stadt, die sich besonders für junge Menschen einsetzt, sie an Entscheidungen beteiligt, ihre Rechte und ihre Perspektiven stärkt. Ich sitze in diesem Jahr als Vertreterin des Europäischen Parlaments in der Jury für das Auswahlverfahren der „Europäischen Jugendhauptstadt“. Es ist ein spannendes Rennen, von dem ich Euch gerne berichte. Amtierende Jugendhauptstadt ist übrigens Lwiw im Westen der Ukraine. Sie hatte sich drei Tage vor dem Einmarsch der russischen Armee um den Titel beworben.

Zahlreiche Informationen zu meiner Arbeit findet Ihr wie immer auch auf meiner Webseite und den verschiedenen Social Media-Kanälen! Ihr habt ein politisches Anliegen oder eine Frage, zum Beispiel zum Thema Besucherreisen nach Brüssel oder Straßburg? Meine Kontakt-Details findet Ihr auf der letzten Seite dieses Hefts.

Viel Spaß beim Lesen!

Eure

Manuela Ripa

Manuela Ripa



Kontakt Manuela Ripa:

-  www.manuela-ripa.eu
-  Facebook: @ripamanuela
-  Instagram: @manuela.ripa
-  Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
-  Mastodon: @manuelaripa
-  LinkedIn: manuela-ripa-726437343
-  Youtube: @ManuelaRipa_MdEP



Künstliche Intelligenz in der Filmbranche

Welche Rahmenbedingungen brauchen die Kultur- und Kreativbranche und der Mediensektor?

Eine Delegation des Europäischen Parlaments reiste nach Los Angeles, um aus erster Hand mehr über die Anwendungsbereiche und vor allem auch die Chancen und Risiken digitaler Technologien mit verschiedensten Akteuren zu diskutieren.

Künstliche Intelligenz verändert die Art, wie Musik produziert wird, wie in Film und Fernsehen Geschichten erzählt, Informationen aufbereitet und konsumiert werden. Doch wie genau beeinflusst sie die Kultur- und Kreativwirtschaft – und wie kann ein fairer, menschenzentrierter Umgang mit dieser Technologie aussehen, bei dem nicht zuletzt auch die Rechte von Kreativen und

Kulturschaffenden geschützt bleiben? Welche Entwicklungen müssen wir hier in Europa politisch vorausdenken, von welchen Erfahrungen können wir lernen und wo gibt es gemeinsame Interessen?

Mit diesen Fragen im Gepäck reisten acht Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments, unter Ihnen auch die ÖDP-Abgeordnete Manuela Ripa, Ende Mai 2025 nach Los Angeles. Nach wie vor gehen von Hollywood Innovationsschübe und Trends für die globale Unterhaltungsindustrie aus, die früher oder später auch Einfluss auf den Sektor in der EU haben. Umgekehrt haben US-amerikanische Vertreter der Branche sehr großes Interesse an den Entwicklungen hier bei uns in Europa. Wir sind nicht nur ein wichtiger Markt für amerikanische Produktionen, sondern eine ganze Reihe von Ländern sind mittlerweile sehr beliebte Produktionsstandorte. US-amerikanische Firmen wie beispielsweise Netflix produzieren in Europa in europäischen Sprachen.

Ziel der Reise war es daher, sich direkt mit

führenden Film- und Musikstudios, Streaming-Plattformen, Gewerkschaften, Autoren, Regisseuren, Schauspielern, öffentlichen Medien und Politik zu all diesen Themen auszutauschen und neue Impulse für künftigen Regelungsbedarf auf EU-Ebene zu gewinnen.

Studioführungen, Rechtsrahmen und transatlantische Beziehungen

Einen sehr interessanten Einstieg ins Programm bot der Besuch der Universal Film Studios, bei dem zunächst die Technik im Mittelpunkt stand. Die Abgeordneten besichtigten ein virtuelles Studio und konnten dort mehr über die Anwendung KI-basierter Videotools erfahren, die bereits international bei Filmproduktionen zum Einsatz kommen. Darüber hinaus wurden weitere KI-Anwendungen aus der Praxis präsentiert, die dabei unterstützen, traditionelle Produktionsmethoden und Prozesse zu optimieren.

Im Anschluss gaben Vertreter der Motion Picture Association, in der die größten globalen Akteure der Film-, Fernseh- und Streaming-Branche zusammengeschlossen sind, einen Überblick über die Auswirkungen transformativer digitaler Technologien auf den kreativen Filmproduktionsprozess, einschließlich konkreter Beispiele von Vorproduktion bis Vertrieb. Der Tenor der anschließenden Debatte war: Der technologische Wandel ist ein fester Bestandteil des Filmmachens und auch die KI fügt sich hier mittlerweile nahtlos als leistungsstarkes Werkzeug ein, das Produktionsprozesse unterstützt und um Optionen erweitert. Manuela Ripa war es wichtig, in der Debatte den Appell einzubringen, dass KI definitiv kein Ersatz für menschliche Kreativität sein darf.

In den Diskussionen ging es dann um ein ziemlich breites Themenspektrum: die transatlantischen Beziehungen und die Zusammenarbeit im Bereich der Filmproduktion, die Rolle des EU-Marktes für die großen Filmstudios, die Zölle, die Sichtweise auf den EU-Rechtsrahmen im audiovisuellen Sektor, künstlerische Freiheit, Demokratie und kulturelle Vielfalt, Urheberrechtsfragen, die sozialen Auswirkungen von KI, die Anerkennung der anhaltenden historischen Bedeutung des EU-Marktes durch die großen Filmstudios und gemeinsame Werte.

Um ähnliche Themen ging es beim Austausch mit Netflix. Auch hier wurde über die Rolle des EU-Marktes und der Produktionsstätten in Europa, die Umsetzung der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste diskutiert. Die CULT-Mitglieder waren außerdem sehr daran interessiert, mehr über den Fokus von Netflix auf lokales Storytelling und lokale Teams sowie über die Kriterien für die Auswahl der Produktionsstandorte zu erfahren. Welche Maßnahmen Netflix ergreift, um die Transparenz seines Empfehlungssystems zu gewährleisten und wie man die Auffindbarkeit europäischer Werke sicherstellt, waren ebenfalls Themen.



Wird die Zukunft des Films ohne Schauspieler und Drehbuchautoren stattfinden?

Erfolgreiche Streiks und KI-Herausforderungen für Autoren, Regisseure und Schauspieler

Die CULT-Delegation traf sich mit der Writers Guild of America West (WGAW), einer einflussreichen Gewerkschaft für Kreative, die im Jahr 2023 durch einen 148-tägigen Streik bahnbrechende Verbesserungen für Autoren erwirken konnte – insbesondere bei Vergütung und Sozialleistungen angesichts des Wandels der Branche durch Streaming und KI. Da Gewerkschaften in den USA in der Regel eine weit geringere Rolle spielen und weniger Einfluss haben als in Europa, ist das Erreichte umso höher einzuschätzen. Erfolgsfaktoren waren eine starke Gewerkschaft, die Unterstützung durch andere Gewerkschaften, die Abstimmung der Interessen mit den Studios und eine klare Position: KI ist kein Autor oder Urheber, sondern ein technisches Werkzeug, das die kreative Arbeit unterstützt, ergänzt, aber nicht ersetzt. Angeregt diskutiert wurde außerdem über die kontinuierliche Suche nach immer neuen rechtlichen und vertraglichen Lösungen in einem sich ständig wandelnden Umfeld und die Notwendigkeit, bestehende Rechtsvorschriften zu präzisieren und zu verteidigen. Dies ist ein täglicher Kampf, der sich dies- und jenseits des Atlantiks nicht gravierend zu unterscheiden scheint. Um Vergütung und rechtlichen Schutz kreativen Schaffens in Zeiten von KI ging es auch im anschließenden Austausch mit der Directors Guild of America (DGA), der gewerkschaftlichen Vereinigung der Regisseure. Die DGA lobte dabei das KI-Gesetz der EU als vorbildhaft. Außerdem wurden der Rückgang von Filmproduktionen vor Ort in Kalifornien und die

Verlagerung von Produktionsprozessen und die Gründe dafür diskutiert. Vertreter der Schauspielergewerkschaft SAG-AFTRA informierten die CULT-Delegation über den zum Zeitpunkt des Treffens laufenden Streik und Maßnahmen ihrerseits zum Schutz vor den Auswirkungen von KI. Zentrale Themen waren spezifische Bestimmungen in Tarifverträgen und Lizenzmodellen für KI-generierte Inhalte. Außerdem sollten Rechtskonzepte geschaffen werden, die technologieneutral gegenüber Künstlern sind.

Bei KI-generierten Influencern wurde vor allem die Kennzeichnungspflicht und mehr Transparenz gefordert.

Musik, Medien & Moral?

Ein weiterer Schwerpunkt der Reise war die Musikindustrie. Bei einem Besuch der Universal Music Group (UMG) wurde über die wichtige Rolle des europäischen Musikmarktes, über Musik als Motor für Innovation, aber auch über die Herausforderungen durch KI und Strategien gesprochen, wie Künstler vor Deepfakes geschützt und kreative Rechte in der digitalen Welt bewahrt werden können. Besonders im Fokus: die „Human Artistry Campaign“ sowie der „NO FAKES Act“, der die unautorisierte Nutzung von Stimmen und Gesichtern unterbinden und somit unter anderem vor Deepfakes ohne Einwilligung schützen soll.

Es wurde in den Gesprächen klar, dass Branche und Regulierungsbehörden auch in den USA vor großen Herausforderungen stehen, um zu verhindern, dass die unkontrollierte Nutzung von KI am Ende sehr schädliche Effekte auf den gesamten Kreativsektor hat. Man zeigte sich daher sehr offen für einen transparenten legislativen Dialog und die Unterstützung der Gesetzgeber für eine

kontinuierliche Anpassung an neue Technologien, wobei der Rechtsrahmen der EU in diesem Bereich als gute Grundlage bezeichnet wurde, auf der man aufbauen könne.

Beim Treffen mit Vertretern von SoCal, einem Sender des Public Broadcasting Service (PBS), einem staatlich finanzierten Nachrichtenmedium mit 350 öffentlichen Fernsehsendern, das nationale und lokale Inhalte ausstrahlt und nach New York den zweitgrößten Markt in Kalifornien hat, ging es zunächst um Herausforderungen im Zusammenhang mit der Finanzierung öffentlich-rechtlicher, gerade auch kleiner, regionaler Medien, und die Verhinderung und Bekämpfung von „Medienwüsten“, wie sie es nannten. Auch das Vertrauen in öffentliche Medien, die Bedeutung von Faktenchecks, die Bekämpfung von Desinformation im digitalen Zeitalter, der Schutz von Journalisten und der redaktionellen Unabhängigkeit waren Thema gerade angesichts der aktuellen Regierung in den USA.

Am letzten Tag traf die Delegation die ehemalige Film- und Fernsehproduzentin und nun Abgeordnete des US-Kongresses Laura Friedman. Im Mittelpunkt des Austauschs standen verschiedene Bereiche, die für die aktuellen und zukünftigen transatlantischen Beziehungen von Bedeutung sind, insbesondere die Auswirkungen der neuen Technologien auf Staaten, das Zusammenspiel zwischen der Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene in den USA im Hinblick auf den Rechtsrahmen für KI, einschließlich des Vorschlags für ein zehnjähriges Moratorium für KI-Gesetze auf Landes- oder Kommunal-

ebene sowie die Notwendigkeit einer Regulierung der Inhalte sozialer Medien.

Fazit

Die sehr lebhaften, offenen und konstruktiven Gespräche haben ein breites Spektrum gemeinsamer Anliegen aufgezeigt: die zentrale Rolle des Menschen in kreativen Prozessen, der Schutz des Urheberrechts, die Chancen einer verantwortungsvollen Nutzung von Zukunftstechnologien, die mit der Nutzung von KI verbundenen potenziellen Risiken, algorithmische Verzerrungen, die Gefährdung der Interessen von Urhebern und ihrer fairen Vergütung, mögliche künftige Rechtsvorschriften zum Schutz der Arbeitsbedingungen von Kreativschaffenden im sich wandelnden digitalen Umfeld.

In den Diskussionen konnten die Mitglieder des Europäischen Parlaments auch die Bereitschaft ihrer Gesprächspartner erkennen, Lösungen zu finden, die die Kultur- und Kreativwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks bereichert und zukunftsfähig macht. Es bestand Einigkeit, dass man den Herausforderungen, die sich aus den digitalen Transformationstechnologien ergeben, durch zweckmäßige Rechtsvorschriften, klare Leitlinien und effiziente Instrumente zu deren Durchsetzung begegnen muss.

Darüber hinaus haben die Treffen mit verschiedenen Interessengruppen deutlich gezeigt, dass die EU in diesem Bereich einen adäquaten Rechtsrahmen bietet und eine führende Rolle bei der Bewältigung dieser Herausforderungen spielt, insbesondere mit dem von mehreren Gesprächspartnern explizit begrüßten KI-Gesetz.

Handys raus aus den Schulen! Für mehr Miteinander, Konzentration und eine gesunde Entwicklung

Immer mehr europäische Länder haben erkannt: Handys gehören nicht in die Schule. Zuletzt hat Portugal nach einem erfolgreichen Pilotprojekt beschlossen, Smartphones bis zur 6. Klasse landesweit zu verbieten. Die Erfolge sind messbar: Laut einem Bericht der portugiesischen Regierung sanken an Schulen mit Handyverbot die Mobbingfälle um 59 Prozent und die Unterrichtsstörungen um 57 Prozent. Das sind keine kleinen Effekte, sondern echte Verbesserungen für den Schulalltag.

Auch Luxemburg geht diesen Weg, ebenso wie Frankreich, Dänemark, Finnland und Norwegen. Und in Deutschland? Hier fehlen bislang verbindliche Vorgaben.

Dabei belegen besorgniserregende Zahlen aus Deutschland, wie notwendig eine solche Regelung auch hier wäre: Kinder und Jugendliche erhalten teils über 200 Push-Nachrichten pro Tag, wie eine Erhebung der Organisation Common Sense Media belegt. Diese zeigt, dass Jugendliche im Durchschnitt 237 Benachrichtigungen täglich erhalten, etwa ein Viertel davon während der Schulzeit.

Fast 25 % der 10- bis 17-Jährigen nutzen soziale Medien in einem Ausmaß, das als gesundheitlich riskant gilt. Die aktuelle Studie der DAK-Gesundheit weist aus, dass 24,5 % dieser Altersgruppe eine riskante Nutzung zeigen, bei rund 6,1 % wurden sogar süchtige Nutzungsmuster

festgestellt. Darüber hinaus zeigen Studien eindeutig, dass die Handynutzung im Schulalltag nicht nur die Konzentration und Lernleistung mindert, sondern auch das soziale Miteinander stört und die emotionale Entwicklung hemmt. Kinder brauchen keine stille Pause mit Blick aufs Display, sondern echte Begegnungen, Bewegung, Gespräche und, ja, auch Langeweile!

Deutschland muss nachziehen, das Saarland und Hessen machen es vor

Zwar gibt es in Deutschland bislang kein flächendeckendes Handyverbot an Schulen, doch einige Bundesländer setzen bereits deutliche Zeichen. Im Saarland wurde ein generelles Verbot für Grundschulen beschlossen. In Hessen gilt seit März 2025 ein landesweites Verbot für alle Schulformen, sofern die jeweilige Schule keine eigene Nutzungsordnung beschlossen hat.

Andere Bundesländer setzen vor allem auf schulinterne Regelungen. In Schleswig-Holstein sind Grundschulen verpflichtet, per Schulkonferenz verbindliche Handyregeln zu erlassen, weiterführende Schulen folgen. In Nordrhein-Westfalen müssen Schulen bis Herbst 2025 altersgerechte Regeln erarbeiten. In Bayern, Bremen, Hamburg, Berlin und vielen weiteren Ländern bleibt die Entscheidung über die Handy-

nutzung den Schulen selbst überlassen, teilweise ohne klare, landesweite Vorgaben.

Diese zersplitterte Regelungslage führt zu Verunsicherung bei Lehrkräften, Eltern und Schülern. Sie zeigt vor allem eines: Der Ansatz, die Regelung der Handynutzung den Schulen zu überlassen, reicht nicht aus. Was es jetzt braucht, ist ein klares, bundesweit einheitliches Handyverbot. So hätten alle Kinder unabhängig vom Wohnort die gleichen Chancen auf einen konzentrierten, sozialen und gesunden Schulalltag.

Digitale Bildung? Ja. Dauerberieselung? Nein.

Ein Verbot bedeutet nicht, digitale Kompetenzen auszublenden. Im Gegenteil: Medienbildung muss ein fester Bestandteil des Unterrichts sein – altersgerecht, kritisch und praxisnah. Das bedeutet jedoch nicht, dass Kinder ständig online sein

müssen. Gerade im Zeitalter von Social Media und Künstlicher Intelligenz benötigen sie Orientierung, Schutz und klare Grenzen. Doch um jungen Menschen im digitalen Alltag Orientierung geben zu



können, müssen auch Lehrer unterstützt werden. Lehrkräfte benötigen u.a. klare Rahmenbedingungen, regelmäßige Fortbildungen, ein durchdachtes schulisches Medienkonzept und eine zeitgemäße technische Ausstattung. Denn digitale Bildung beginnt mit der Unterstützung derer, die sie täglich vermitteln. Nur so kann Medienkompetenz nachhaltig und wirksam in den Schulalltag integriert werden.

Darüber hinaus brauchen Kinder Räume zur Entschleunigung, Momente ohne Bildschirm, ohne Reizüberflutung und ohne ständige Erreichbarkeit. Sie brauchen Zeit, um sich zu konzentrieren, zur Ruhe zu kommen, kreativ zu sein und einfach zu spielen. Ein schulischer Alltag, der diese Freiräume schützt, leistet einen Beitrag zu ihrer seelischen Gesundheit.

Deshalb setze ich mich auch im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments dafür ein, dass Bildungspolitik kinder- und jugendgerecht gestaltet wird – mit Raum für echte Begegnung, Kreativität und ein gesundes Aufwachsen in einer zunehmend digitalen Welt.

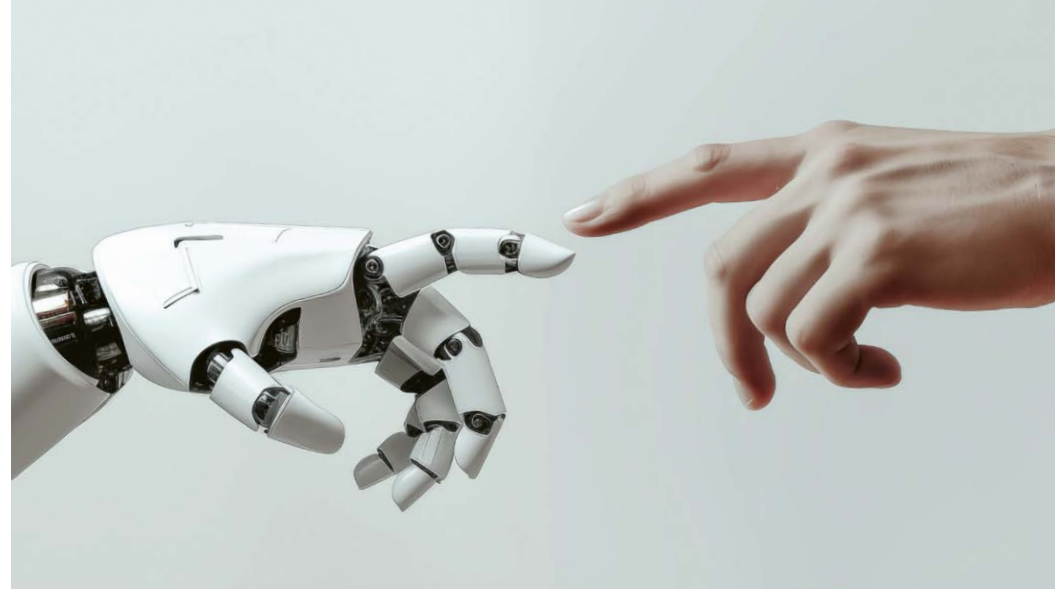
Ich fordere daher: Medienkompetenz

mit Weitblick, etwa durch Kurse zum Umgang mit KI, die Kindern dabei helfen, digitale Inhalte zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Was wir nicht brauchen, sind die Probleme, die entstehen, wenn (Grund-)Schülerinnen und (Grund-)Schüler in der Pause Hausaufgaben mit ChatGPT erledigen oder sich dem Dauerstress sozialer Medien aussetzen.

Für gesunde Schulen mit klaren Regeln

Ein Handyverbot allein reicht jedoch nicht aus. Es braucht pädagogische Konzepte, digitale Leitlinien sowie die Einbindung von Eltern und Lehrkräften. Schulen müssen Orte sein, an denen sich Kinder frei und unbelastet entfalten können, mit klaren Grenzen für digitale Medien und bewusst gestalteten Phasen der Entschleunigung.

Es geht nicht um Technikfeindlichkeit, sondern um Verantwortung. Kinder brauchen Freiräume statt ständiger Vernetzung. Es ist an der Zeit, dass Deutschland dem Beispiel anderer Länder folgt – für mehr Miteinander, Bildungserfolg, Kinderschutz und innere Balance.



Schöne neue KI-Welt? Ja und Nein.

Warum wir Künstliche Intelligenz regulieren, kontrollieren, aber auch von ihr profitieren sollten.

Die rasante Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) stellt unsere Gesellschaft vor tiefgreifende Veränderungen. Die Einführung von KI-Plattformen wie ChatGPT im Jahr 2022 sorgte für einen regelrechten Paukenschlag in der Wirtschaft und dem Privatleben, dessen sich viele noch nicht bewusst sind. KI durchdringt schon jetzt mittelbar und unmittelbar fast alle Bereiche unseres Privat- und Arbeitslebens. Sie eröffnet enorme Chancen in bestimmten Forschungsbereichen wie Medizin und Technik, birgt aber auch erhebliche Risiken – gerade, aber nicht nur, für die jüngere Generation. Im Kulturausschuss des Europaparlaments, dem die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa angehört, wird großes Augenmerk auf Künstliche Intelligenz und die Auswirkungen sowohl auf den Kultur- als auch den Bildungsbereich gelegt. Ebenso wird die Frage erörtert, wie Soziale Medien sich ins-

gesamt auf die mentale Gesundheit und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auswirken. Manuela Ripa fordert eine klare Regulierung dieser Technologie, insbesondere, um Kinder und Jugendliche vor möglichen Gefahren zu schützen. Im Rahmen eines IT-Führerscheins an Schulen können wir junge Menschen bilden, um verantwortungsbewusst und aufgeklärt mit diesen Technologien umzugehen.

Chancen: Gesundheit und Effizienz

Zu den möglichen Stärken von KI könnte ihre Fähigkeit gehören, die Bildung und Gesundheitsversorgung zu unterstützen. KI-gestützte Lernplattformen ermöglichen individualisiertes Lernen für jeden, unabhängig vom Wohnort oder finanziellen Hintergrund. Dadurch kann keinesfalls eine Lehrkraft ersetzt werden; es schafft aber trotzdem neue Möglichkeiten, gera-

de in Entwicklungsländern. Mit einem einfachen Smartphone könnten Menschen weltweit lernen, von Mathematik bis zum Sprachstudium. Der Bildungsschub könnte für neue Perspektiven sorgen und auch die soziale Durchlässigkeit erhöhen. Auch in der Medizin zeigt KI ihr Potenzial: Sie hilft bei der Früherkennung von Krebs, indem sie Tumorscans analysiert und Muster erkennt, die für das menschliche Auge nicht sichtbar sind. Zudem beschleunigt KI die Medikamentenforschung. Im Verkehrssektor ermöglicht sie etwa eine effizientere Verkehrssteuerung, die Ressourcen schont und Staus minimiert. Diese Technik muss aber sinnvoll zum Vorteil der Gesellschaft genutzt werden.

Risiken: Von Überwachung bis zu psychischer Belastung

Doch KI ist nicht frei von Gefahren. Manipulative Algorithmen auf Social-Media-Plattformen fördern Suchtverhalten, und psychologisch individuell auf den Nutzer abgestimmte Werbung verstärkt problematisches Konsumverhalten. Besonders kritisch wird es, wenn Kinder und Jugendliche mit unrealistischen Schönheitsidealen konfrontiert werden, die durch KI-optimierte Livestreams verbreitet werden. Das führt zu Verunsicherung, reduziertem Selbstwertgefühl bis hin zu schweren psychischen Problemen, die in den letzten Jahren in erschreckendem Ausmaß zugenommen haben. Ein weiteres großes Problem sind Fake News und Themen wie der Identitätsdiebstahl. Mithilfe von KI ist es möglich, Stimmen zu klonen oder täuschend echte Videos zu erstellen, die Personen Aussagen oder Hand-

lungen unterstellen können.

Das gefährdet nicht nur die Demokratie, sondern schafft ein Klima des Misstrauens. Beunruhigend sind auch die Überwachungsmöglichkeiten: KI-gestützte Systeme zur Gesichtserkennung können in totalitären Systemen genutzt werden, um beispielsweise Oppositionelle zu identifizieren. Grundsätzlich können Empfehlungsalgorithmen Gefahren für die Demokratie mit sich bringen – wie sich beispielsweise in Rumänien oder den östlichen deutschen Bundesländern gezeigt hat. Mit Hilfe von Algorithmen verbreiteten sich Hass und Hetze, einer der Gründe dafür, dass die AfD gerade bei jungen Wählern deutlich zulegen konnte. Außerdem ist es gefährlich, wenn die Kontrolle über diese Technologien in den Händen einiger weniger liegt, da dies zu Lasten der Meinungsvielfalt geht. Auch in der Arbeitswelt könnten solche Technologien missbraucht werden, etwa um chronisch kranke Bewerber mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu erkennen und auszusortieren.

Regulierung und Bildung: Die Verant- wortung der Politik

Um die Chancen von KI zu nutzen und gleichzeitig die Risiken einzudämmen, sind Regulierungen unerlässlich. Die EU muss Standards setzen, die Missbrauch verhindern, ohne sinnvolle Innovationen zu ersticken. Besonders Kinder und Jugendliche benötigen Schutz vor der manipulativen Macht der Algorithmen. Doch auch für Erwachsene sollte in Zeiten von Fake News und Videomanipulation die Möglichkeit einer Nachschulung gegeben werden. Es ist entscheidend, die Menschen im Umgang mit KI zu schulen, damit sie deren Potenzia-

le und Risiken verantwortungsvoll einschätzen können. Auf Gesetzesebene hat die EU schon einiges unternommen, etwa im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (2022), des Gesetzes über Künstliche Intelligenz (2024) und der Datenschutz-Grundverordnung (2016). Sie muss aber noch deutlich nachschärfen, da die derzeitigen

Regeln an entscheidenden Stellen, gerade bei Empfehlungsalgorithmen, zu spät oder zu schwach greifen. KI ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen für Europa. Die Politik ist gefordert, entschlossen zu handeln und die KI so in Bahnen zu lenken, dass sie wirklich dem Gemeinwohl dient.

Chancen

- + **Kostenlose, individualisierte Bildung**
- + **Krebsfrüherkennung**
- + **Schnellere Medikamentenforschung**
- + **Effizientere Verkehrssteuerung**

Risiken

- **Süchtig machende Algorithmen**
- **Manipulation durch Fake News und „Klonen“ von Stimmen**
- **Überwachungsmöglichkeiten durch Gesichtserkennung**
- **Gefahr für die Demokratie**
- **Gefahren für die psychische Gesundheit**

Europäische Jugendhauptstadt Mehr als nur ein Titel



Seit 2009 darf sich jedes Jahr eine andere europäische Stadt mit diesem Titel schmücken. Manuela Ripa vertritt das Europäische Parlament in der Jury, die das Auswahlverfahren durchführt. Was dahinter steckt und wie man Jugendhauptstadt werden kann, wird im Folgenden vorgestellt.

Der Titel wird vom European Youth Forum, der größten europäischen Plattform für Jugendorganisationen, vergeben. Ihm gehören über 100 Jugendorganisationen an, die Millionen junger Menschen aus ganz Europa repräsentieren und es setzt sich für gesellschaftliche Partizipation und die Rechte junger Menschen ein. Und darum geht es auch bei der Vergabe des Titels Europäische Jugendhauptstadt. Es können sich Städte bewerben, die bereits Partizipa-

tions- und Mitentscheidungsmodelle etabliert und eine klar erkennbare Vision haben, mit welchen Maßnahmen sie die Situation und Teilhabe von Jugendlichen strukturell so verbessern können, dass sie nachhaltige Effekte in ihrer Stadt erzielen. Und da es ein europäischer Titel ist, müssen Konzepte natürlich auch eine europäische Dimension, einen identitätsstiftenden europäischen Mehrwert und das Potenzial haben, Vorbildwirkung zu entfalten.

Die Ausschreibungen richten sich dabei nicht nur an Städte in EU-Mitgliedstaaten, sondern auch in EU-Kandidatenländern. Erfreulicherweise wird von dieser Möglichkeit fleißig Gebrauch gemacht und es kommen jedes Jahr Bewerbungen aus unserer Nachbarschaft. Schön ist auch, dass sich

nicht nur Großstädte angesprochen fühlen. Auch kleinere Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern machen mit, die sich, wie in einem Fall, kokett als "Urban Village", d.h. als städtisches Dorf bezeichneten und es schafften, mit ihrer Bewerbung die eine oder andere Millionenstadt auszusteichen.

„Not easy, but move“ – Europäische Jugendhauptstadt 2025

In diesem Jahr trägt Lwiw, die größte Stadt im Westen der Ukraine, den Titel und hat als Slogan „Not easy, but move“ (frei übersetzt: Es ist nicht einfach, aber mach' trotzdem weiter!) gewählt. Lwiw hatte sich nur drei Tage vor dem Einmarsch der russischen Armee beworben. Die Invasion und die neue Realität führten dazu, dass die Stadt die Bewerbung für das Auswahlverfahren natürlich überarbeiten und ein neues Programm entwickeln musste, damit es zusätzlich auch den Bedürfnissen junger Menschen in Kriegszeiten gerecht wurde und noch viel stärker eine Perspektive für eine hoffnungsvolle europäische Zukunft bot.

Offenbar konnte die Stadt, in der auch sehr viele Binnenv Vertriebene – unter ihnen sehr viele Kinder und Jugendliche – Zuflucht gefunden haben, trotz widrigster Umstände mit ihrem Gesamtkonzept und mit ihrer Entschlossenheit, das soziale Leben so gut wie möglich aufrecht zu erhalten, überzeugen.

Das Beispiel Lwiw zeigt sehr schön, dass es bei der Vergabe nicht um perfekte äußere Rahmenbedingungen geht, sondern in der Substanz um die Anerkennung bereits geleisteter Jugendarbeit

und um einen Boost für die Umsetzung eines überzeugenden Konzepts für die Verbesserung der Lebensrealität von jungen Menschen in der jeweiligen Stadt.

Der Auswahlprozess und die Rolle des Europäischen Parlaments

Das European Youth Forum koordiniert das Verfahren, entscheidet aber nicht alleine. Das Forum stellt eine Jury zusammen, der Vertreterinnen und Vertreter verschiedener europäischer Jugenddachorganisationen sowie ein Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments angehören. Dieser Ausschuss trägt es zwar nicht im Namen, ist aber auch für Jugendpolitik zuständig. In einem Rotationsprinzip wird jedes Jahr eine andere Fraktion eingeladen, ein Jurymitglied aus ihren Reihen zu benennen. In diesem Jahr lag dieses Privileg bei der EVP-Fraktion und sie wählte Manuela Ripa als Vertreterin des Europäischen Parlaments.

Die Arbeit der Jury wird von einem unabhängigen externen Gutachter unterstützt, der die inhaltliche Substanz der Bewerbungen nach Formalkriterien bewertet und so hilft, qualitative Unterschiede herauszuarbeiten. Die Anforderungen an die Bewerberinnen sind dabei hoch und eine seriöse Bewerbung erfordert die Erarbeitung eines umfassenden Dossiers.

Die eingereichten Unterlagen belegen im Idealfall glaubhaft und nachvollziehbar, dass die Stadt u.a.

- eine gute, realistische Einschätzung der

Probleme und Herausforderungen für Jugendliche hat;

- bereits Formen von Jugendbeteiligung etabliert hat und dadurch Jugendliche nicht nur an der Ausarbeitung der Bewerbung beteiligt waren, sondern auch strukturell in die Umsetzung und das Management des Programms mit einbezogen werden;

- eine starke Motivation, die Situation für junge Menschen nachhaltig zu verbessern und dafür eine Vision mit klar definierten Zielen hat;

- ein Konzept mit europäischer Dimension hat, das in Verbindung mit europäischen Initiativen und Programmen steht;

- in der Lage war, bereits für die Bewerbung ein Programm zu entwickeln, mit Hilfe dessen Vision und Zielvorgaben umgesetzt werden können;

- die Infrastruktur und das Budget vorweisen kann, um das anvisierte Programm umzusetzen und eine gute Gastgeberin zu sein.

Wie jedes Auswahlverfahren verläuft auch dieses in mehreren Runden und am Ende haben drei Finalistinnen die Möglichkeit, ihr Konzept im Rahmen einer Präsentation vor Ort in Brüssel vorzustellen, bevor die Jury eine Siegerin kürt.

Das Europäische Parlament ist nicht nur durch ein Jurymitglied involviert. Die amtierenden Jugendhauptstädte werden in eine Sitzung des CULT eingeladen, um dort zu Beginn des jeweiligen Jahres ihr Programm vorzustellen und sich mit den Abgeordneten auszutauschen.

Das Europäische Parlament ist außerdem

Gastgeber für den großen, jährlich in Straßburg stattfindenden Jugendevent EYE, in dessen Programm die jeweiligen Jugendhauptstädte ein Schwerpunkt sind.

Titelaspiranten Europäische Jugendhauptstadt 2028

Da die Städte natürlich ausreichend Zeit für die Vorbereitungen haben müssen und auch der Bewerbungsprozess eine Weile dauert, gib es bei der Verleihung des Titels entsprechenden Vorlauf. Aktuell läuft die zweite Runde des Auswahlverfahrens für das Jahr 2028.

Es hatten sich insgesamt 12 Städte beworben und diese fünf haben es in jene zweite Runde geschafft:

- Chişinău, Moldau
- Leeuwarden, Niederlande
- Paralimni, Zypern
- Pernik, Bulgarien
- Podgorica, Montenegro

Sie warten nun auf das schriftliche Feedback der Jury zu ihren überarbeiteten Bewerbungen und haben dann nochmals die Möglichkeit, für das Finale nachzubessern. Die endgültige Entscheidung soll Ende November zwischen drei von ihnen fallen, d.h. es bleibt also noch spannend.

Wer mehr zu diesem Thema wissen möchte, kann sich auf der Website des European Youth Forum (nur auf Englisch) informieren: www.youthforum.org/topics/youthcapital

... in aller Kürze



Wenn Sie weitere Exemplare
dieses Heftes erhalten
möchten, dann schreiben
Sie uns gerne an:
[europabuero@
manuela-ripa.eu](mailto:europabuero@manuela-ripa.eu)

Impressum

Inhalt & Redaktion: Manuela Ripa
Der Druck erfolgte auf
100 % Recyclingpapier.
Es handelt sich bei diesem Heft um
eine nicht verkäufliche Gratispublikation.



In Brüssel:

Europäisches Parlament
ASP 07F353, 60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: + 32/ 228 457 39
manuela.ripa@ep.europa.eu

In Straßburg:

Europäisches Parlament
Bât. LOUISE WEISS T06061
1, avenue du Président Robert Schuman
CS 91024
F-67070 Strasbourg Cedex
Tel.: +33/ 3 88 1 75739

In Saarbrücken:

Europa Bürgerbüro
Im Rosengarten 3, 66130 Saarbrücken
Tel.: 06 81/ 590 998 31
europabuero@manuela-ripa.eu

Kontakt Manuela Ripa:

- www.manuela-ripa.eu
- Facebook: @ripamanuela
- Instagram: @manuela.ripa
- Bluesky: @manuelaripa.bsky.social
- Mastodon: @manuelaripa
- LinkedIn: manuela-ripa-726437343
- Youtube: @ManuelaRipa_MdEP



**Ökologisch-
Demokratische
Partei**

Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.